

4. Stabilisierende Kraft der Mitte 1974-1988

Neben dieser wichtigen Schlussfolgerung aus der Zeit der Großen Koalition bestimmte auch das wiederentdeckte Selbstverständnis vom politischen Gleichgewicht der Mitte strategisch den Kurs der Liberalen in den letzten anderthalb Jahrzehnten der „alten“ Bundesrepublik. Insofern stellte aus liberaler Sicht der häufig betonte Einschnitt des Jahres 1982 keine wirkliche „Wende“; vielmehr können die Jahre 1974 bis 1988/89 als eine Einheit angesehen, ehe dann mit dem Umbruch im gesamten Mittel- und Osteuropa eine international völlig neue Situation eintrat. Diese Spätzeit der „alten“ Bundesrepublik unterschied sich schon in den wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen grundlegend von den ersten 25 Jahren ihrer Geschichte. Das stetige wirtschaftliche Wachstum war zu Ende; es folgte zunächst eine Phase, in der Stagnation, Rezession und kurzfristiges Wachstum einander abwechselten. Dies führte zu bis dahin in der Bundesrepublik unbekanntem Krisenphänomenen: Arbeitslosigkeit, Inflation, neue Armut, Firmenzusammenbrüche, Haushaltsdefizit. Mitte der achtziger Jahre kam es zwar wieder zu einer entschiedenen Besserung der konjunkturellen Lage, aber die genannten Krisensymptome waren auch am Vorabend der Deutschen Einheit noch längst nicht endgültig überwunden.

Zum anderen stand politisch diese Epoche im Zeichen der Kontinuität, trotz aller vordergründigen Änderungen und Wandlungen. So ist in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vieles, was man später als Markenzeichen der liberal-konservativen Politik ansieht, bereits in der Ära Schmidt/Genscher angelegt worden; andererseits hat sich in der Außenpolitik vieles aus der sozial-liberalen Ära in die Ägide des Kanzlers Helmut Kohl fortgesetzt. Die FDP, die während des gesamten Zeitraumes an der Bundesregierung beteiligt war, hat an dieser Kontinuität erheblichen Anteil gehabt.

Überhaupt kann man feststellen, dass die Gegensätze zwischen den Parteien seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre im Vergleich zum Beginn der sozial-liberalen Koalition in der politischen Praxis zurückgegangen waren. Beispielsweise ließ die CDU in den späten siebziger Jahren von ihrem harten Konfrontationskurs gegen die

Ostpolitik der Regierung weitgehend ab; andererseits kann man nicht behaupten, dass Kanzler Schmidt in der Wirtschaftspolitik einen unternehmerfeindlichen Kurs steuerte. Vielmehr gab es häufig in der politischen Praxis einen Konsens zwischen den drei Parteien darüber, wie man sich den dringendsten Problemen stellen sollte. Das ausdrucksvollste Beispiel hierfür war der gemeinsame Krisenstab bei der Entführung des Arbeitgeber-Präsidenten Hanns Martin Schleyer durch Terroristen im Herbst 1977. Damals trugen alle drei Bundestagsparteien die Politik mit, mit der man dieser gefährlichen Herausforderung des demokratischen Systems begegnete und sie schließlich auch meisterte. Gefördert wurde diese Annäherung zwischen den Parteien auch dadurch, dass die CDU/CSU durch ihre Mehrheit im Bundesrat quasi mit in der Regierung saß und häufig gegen ihren Willen kein Gesetz verabschiedet werden konnte. Diese informelle „Große Koalition“ wurde überhaupt zu einem Markenzeichen bundesrepublikanischer Politik, barg und birgt aber die Gefahr, dass grundlegende Änderungen sich politisch nur schwierig durchgesetzt werden können.

Für die FDP bot diese Entwicklung Chancen und Gefahren zugleich. Der Vorteil bestand darin, dass es nun auch wieder Berührungspunkte mit der CDU gab, die noch zu Beginn der siebziger Jahre die FDP hatte vernichten wollen. Auf Länderebene (Saarland, Niedersachsen) wurden dann auch Regierungskoalitionen zwischen diesen Parteien eingegangen, wobei die FDP hoffte, auf diesem Wege Einfluss auf den für die Bundespolitik so wichtigen Bundesrat zu gewinnen. Die Liberalen unterstrichen damit ihre Eigenständigkeit und widerlegten alle diejenigen, die sie in einer "babylonischen Gefangenschaft" bei der SPD sahen. Andererseits machte diese Politik der "Auflockerung" oder "Äquidistanz" (gleicher Abstand zu beiden Volksparteien) das Klima in der sozial-liberalen Koalition nicht besser. Die weitaus größere Gefahr für die FDP angesichts dieser Entwicklung lag aber darin, dass in der Öffentlichkeit immer weniger klar war, wofür die Liberalen eigentlich standen. In einer Situation, in der beide Volksparteien zumindest in ihrer tatsächlichen Politik Positionen der Mitte vertraten, erschien eine eigenständige liberale Kraft für viele eigentlich überflüssig. Daran konnten auch die programmatischen Anstrengungen der FDP, mit denen sie vor allem während der siebziger Jahre versuchte, das Freiburger Programm den neuen Herausforderungen entsprechend zu ergänzen, nichts ändern. Ein klares Profil konnte

die Partei vor allem dann gewinnen, wenn die Beziehungen zwischen beiden Volksparteien mehr von Taktik und Ideologie als von politischer Vernunft geprägt waren und/oder die Mehrheitsverhältnisse nicht vorhersehbar waren. Für die Bundestagswahl 1976 und 1980 traf beides zu. Vor allem von der Union wurde damals durch die Parole "Freiheit oder Sozialismus" und später durch die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß schweres Geschütz aufgeföhren, auf das die Sozialdemokraten ähnlich heftig reagierten. In diesen Wahlkämpfen wurde dann die Notwendigkeit einer Kraft des Ausgleichs und der Besonnenheit deutlich unter Beweis gestellt.

Somit konnte die FDP 1976 ihren Wähleranteil stabilisieren (7,9 Prozent) und dann 1980 ein glänzendes Ergebnis (10,6 Prozent) erzielen. Der Liberalismus schien am Ende der siebziger Jahre wieder im Aufwind, seine Rolle als dritte Kraft schien unentbehrlich. Doch diese Wahlergebnisse täuschten ein wenig. Denn bei Wahlen, die nicht von so tief greifenden öffentlichen Auseinandersetzungen geprägt waren, schaffte die FDP entweder die Fünf-Prozent-Hürde nur knapp, etwa bei den Europawahlen 1979, oder sie fiel gänzlich aus dem Parlament heraus, so 1978 bei den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen. Trotz aller Erfolge bei den Bundestagswahlen war der Anteil liberaler Stamm-Wähler in den siebziger Jahren zurückgegangen. Die Partei stand seitdem vor der Daueraufgabe, bei Wahlen jeweils wieder neu so genannte Wechselwähler zu gewinnen.

Die scharfen Angriffe der Union in Wahlkampfzeiten schweißten auch das Regierungslager zusammen, obwohl der Zusammenhalt der sozial-liberalen Koalition langsam, aber stetig abnahm. Ursache für letzteres war zum einen, dass die Ostpolitik, das zentrale Thema zu Beginn der Zusammenarbeit von SPD und FDP, an Bedeutung verlor und innenpolitisch nicht mehr so umstritten war. Zum anderen wurden aber die unterschiedlichen Auffassungen in der Wirtschaftspolitik, die jetzt in eine zentrale Rolle rückte, immer deutlicher. Umstritten war vornehmlich, wie die steigende Arbeitslosigkeit bekämpft und das wachsende Defizit im Haushalt verringert werden sollten. Eine zunehmende Mehrheit in der FDP setzte wieder stärker auf die "Selbstheilungskräfte" der Marktwirtschaft. Auf dem Kieler Parteitag 1977 wurden die von Wirtschaftsminister Friderichs vorgelegten Thesen zur "Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat" verabschiedet.

Diese so genannten "Kieler Thesen" erteilten Konjunkturprogrammen und Subventionen für bedrohte Unternehmen oder Industriezweigen, wie sie von der SPD favorisiert wurden, zwar keine generelle Absage, wollten diese aber nur ausnahmsweise als letztes Mittel zulassen: "Die Liberalen halten staatliche Anpassungssubventionen für ein erst nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Selbsthilfe einzusetzendes Mittel, um auf diese Weise soziale Härten als Folge des Strukturwandels zu mildern." Eine kurzfristige Verbesserung der Wirtschaftssituation 1978/79 verringerte zwar den wirtschaftspolitischen Streit zwischen den Regierungsparteien und fügte die Koalition wieder enger zusammen, aber die zweite Ölpreiskrise 1979/80 und die damit verbundene erneute wirtschaftliche Rezession musste den Konflikt zwangsläufig erneut anheizen. Insgesamt war die zweite Hälfte der siebziger Jahre von einer konservativen Trendwende gekennzeichnet. Bei den Wahlen 1976 war der "Genosse Trend", der der SPD seit 1957 bei jeder Bundestagswahl einen beachtlichen Stimmenzuwachs beschert hatte, erstmals ausgeblieben (-3,2 Prozent), während die Union mit 48,6 Prozent die absolute Mehrheit knapp verfehlte und wieder stärkste Bundestagsfraktion wurde. Auch die Landtagswahlen stärkten die Opposition. 1979 konnte der populäre Bundespräsident Walter Scheel, der bei der Union noch immer als der Exponent der sozial-liberalen Koalition galt, nicht mehr auf eine Mehrheit in der Bundeswahlversammlung rechnen und verzichtete deshalb auf eine erneute Kandidatur. Sein Nachfolger wurde der CDU-Politiker Karl Carstens.

Diese Entwicklung ließ es für die FDP zwangsläufig geraten erscheinen, auch eine andere Regierungskonstellation als die gegenwärtige in Betracht zu ziehen, um den liberalen Einfluss auf die Bundesregierung aufrecht zu erhalten. Allerdings waren die Überlegungen über eine politische Neuorientierung in der Partei selbst stark umstritten. Die zu Beginn der siebziger Jahre erreichte innerparteiliche Geschlossenheit schwand im weiteren Verlauf der Dekade. Wie so häufig in der Geschichte des deutschen Liberalismus zerfiel nun auch die FDP wieder in zwei divergierende Flügel. Deren führende Exponenten waren einerseits der seit 1977 amtierende Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der aus wirtschaftspolitischen Gründen heraus eine Zusammenarbeit mit der SPD als zunehmend schwieriger erachtete, und der Nachfolger Werner Maihofers im Innenministerium, Gerhart Rudolf Baum, demzufolge

es in der Innen- und Rechtspolitik unüberwindbare Hürden zu den Vorstellungen in der Union gab. Die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß, mit dem niemand in der FDP eine Zusammenarbeit wünschte, vertagte 1980 zunächst den innerparteilichen Konflikt.

Doch der Erfolg der sozial-liberalen Koalition bei diesen Bundestagswahlen verbesserte keineswegs das Klima, allein schon deshalb, weil ausschließlich die FDP von dem Anti-Strauss- Effekt profitiert hatte. Ihrem Zuwachs von 3,7 Prozent stand ein quasi Stillstand der SPD gegenüber. Diese wurde durch die liberalen Forderungen nach einer wirtschaftspolitischen Wende kaum aufgeschlossener, zumal den Sozialdemokraten mit den Grünen nun von links eine gefährliche Konkurrenz drohte. Seit 1981 schlug dann die zweite Ölpreiskrise auf die Wirtschaft durch, die Arbeitslosenzahlen stiegen erneut rapide an, die Inflation kletterte und die Staatsverschuldung erreichte einen erneuten Höhepunkt. Vor diesem Hintergrund verfasste der Parteivorsitzende Hans-Dietrich Genscher im August 1981 einen berühmt gewordenen Brief an alle Mandats- und Funktionsträger der FDP, in dem er das wirtschaftspolitische Credo der Liberalen zusammenfasste: "Wir müssen den finanziellen Haltungs- und Gestaltungsspielraum zurückgewinnen, damit wir unserem Volk auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit, Fortschritt und Frieden sichern können." Als Einzelmaßnahmen wurden dabei weitere Einsparungen bei den Sozialleistungen vorgeschlagen, womit aber keineswegs das System des Sozialstaates an sich beseitigt, sondern auf Dauer gestärkt werden sollte, indem man es auf eine solidere, d. h. bezahlbare Basis stellen wollte. Zugleich sollten so Impulse für ein neuerliches Wirtschaftswachstum ausgesandt werden. Der Brief forderte nichts anderes als ein allgemeines Umdenken in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, da der bisherige Kurs eines stetigen Ausbaus des Sozialstaates in die Sackgasse geführt hatte: Er war weder weiter finanzierbar noch bot er den Betroffenen Anreize zu einem selbständigen und selbstverantwortlichen Handeln. "Eine Wende ist notwendig." Damit hatte der FDP- Vorsitzende den Begriff für die nachfolgenden Ereignisse geprägt. Genscher hatte in seinem Brief offen gelassen, ob die FDP diese "Wende" gemeinsam mit der SPD oder in einer anderen Regierungskonstellation vollziehen wollte.

Zunächst schien es noch so, als ob die sozial-liberale Regierung die Situation in den Griff bekommen würde. Für 1982 einigte man sich auf einen Haushalt, der auch etliche Sparmaßnahmen enthielt. Doch diese Eingriffe reichten für eine Haushaltskonsolidierung noch nicht aus und wurden zudem von der SPD immer wieder in Frage gestellt, da sie als traditionelle Anwältin einer staatlichen Sozialpolitik ihrer Klientel den Sinn dieser Einsparungen kaum oder gar nicht vermitteln konnte. Als weiteres Problem kam nun auch eine außenpolitische Frage hinzu. Nicht zuletzt auf Veranlassung von Kanzler Schmidt hatte die NATO Ende 1979 einen so genannten "Doppelbeschluss" gefasst: Der russischen Aufrüstung mit Raketen mittlerer Reichweite sollte durch die Stationierung ähnlicher Waffen der USA in Westeuropa begegnet werden, zugleich aber bot die NATO der UdSSR Verhandlungen über diese Waffen an, deren Stationierung auf westlicher Seite erst nach einem Scheitern dieser Verhandlungen erfolgen sollte. Dieser Doppelbeschluss war sowohl in der Bevölkerung wie in beiden Regierungsparteien umstritten. Hans-Dietrich Genscher, der als Verantwortlicher für die Außenpolitik ein besonderes Interesse an der Realisierung des Doppelbeschlusses hatte, konnte auf dem Kölner Parteitag 1981 in seiner Partei eine knappe Mehrheit für diese Politik gewinnen. Die Haltung der SPD war dagegen trotz des unermüdlichen Einsatzes von Helmut Schmidt unklar. Viele Sozialdemokraten, darunter der Parteivorsitzende Willy Brandt, sahen mit Sorge auf das Wachsen einer außerparlamentarischen Protestbewegung, die zwischen 1981 und 1983 zahlreiche Großdemonstrationen auf die Beine brachte. Bei Wahlen in Berlin und Niedersachsen musste die SPD 1981/82 schmerzliche Verluste hinnehmen, während die Grünen, die sich als Sprachrohr dieser außerparlamentarischen "Friedensbewegung" darstellten, in die Länderparlamente einzogen und dabei auch die FDP überrundeten, deren Wähleranteil insgesamt stabil blieb. Da auch die Union gleichzeitig erhebliche Gewinne verbuchte, war es nun eher unwahrscheinlich, dass die sozial-liberale Koalition bei den nächsten Bundestagswahlen noch einmal eine Mehrheit bekommen würde.

Trotzdem wartete der FDP-Vorsitzende angesichts des starken innerparteilichen Widerstandes ab, der während des gesamten Frühjahrs und Sommers 1982 auf zahlreichen Kongressen und Treffen von linksliberalen Parteimitgliedern zum Ausdruck gebracht wurde, den Koalitionswechsel zu wagen. Damit gab er die Initiative aus der

Hand, die nun von Kanzler Schmidt ergriffen und zu einer eindrucksvollen Inszenierung benutzt wurde. Schmidt suchte den Konflikt mit Wirtschaftsminister Lambsdorff und nahm ein von diesem vorgelegtes Papier zur Wirtschaftspolitik zum Anlass, von sich aus Mitte September 1982 die Koalition mit der FDP zu beenden, wobei er den Liberalen sehr öffentlichkeitswirksam die Schuld am Bruch der Koalition zuschob. Da eine Große Koalition zwischen Union und SPD von niemandem in Betracht gezogen wurde, trat die FDP in Verhandlungen mit der CDU/CSU über eine Regierungsbildung ein. Diese kamen rasch zum Abschluss, am 1. Oktober 1982 wurde der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums zum Nachfolger Schmidts gewählt. In seinem Kabinett saßen drei der vier FDP-Minister aus der Regierung Schmidt, lediglich Innenminister Baum musste als Exponent der Linkliberalen und Gegner des Koalitionswechsels sein Amt aufgeben, für ihn kam Hans Engelhard als Justizminister neu ins Kabinett.

Dieser Koalitionswechsel, nachher als die so genannte "Wende" bezeichnet, hat in der Öffentlichkeit zu erbitterten Diskussionen geführt. Nicht zuletzt aufgrund der geschickten Selbstdarstellung von Helmut Schmidt war das Ansehen der FDP und ihres Vorsitzenden tief gesunken. Umfrage-Ergebnisse vom Herbst 1982 ließen für die Partei das Schlimmste befürchten. Viele linksliberale Wähler und Mitglieder wandten sich ab, vornehmlich aus Ärger und Enttäuschung über die Art und Weise, wie diese Wende vollzogen wurde: 1980 war die FDP in den Wahlkampf gezogen mit der Parole "Für eine Regierung Schmidt/Genscher" und hatte dabei kräftig von der Popularität des sozialdemokratischen Kanzlers profitiert. Ein Parteitagbeschluss für den Koalitionswechsel gab es nicht, bei dem "Wendemanöver" stützte sich die Parteiführung lediglich auf teilweise sehr knappe Quoten der Bundestagsfraktion und des Parteipräsidiums, beziehungsweise -vorstands. Die Wähler waren überhaupt nicht gefragt worden. Jedoch fanden Ende September 1982 in Hessen Landtagswahlen statt, die zu einem Desaster für die FDP wurden. Viel böses Blut machte auch die herablassende Behandlung der Liberalen durch die CDU/CSU, die nicht einmal den stellvertretenden Parteivorsitzenden Baum als Verhandlungspartner akzeptierte.

So berechtigt diese von linksliberaler Seite vorgetragene Kritik in einzelnen Details sein mag, übersieht sie jedoch zwei grundlegende Punkte: Zum einen waren die Befürworter der Wende Ende 1982, Anfang 1983 sowohl in der Partei selbst als auch in der Bevölkerung in der Mehrheit. Dies wurde zunächst auf dem Berliner Parteitag der FDP im November 1982 deutlich, wo Hans-Dietrich Genscher als Parteivorsitzender gegen Uwe Ronneburger mit 225 zu 179 wieder gewählt wurde. Zum anderen gab es auch für dieses schwierige Manöver eines Regierungswechsels durch Koalitionswechsel während der Legislaturperiode durchaus ein Vorbild, das weit weniger Emotionen aufgerührt hatte. 1966 hatte die CDU/CSU ebenfalls ohne Wählervotum den Partner gewechselt, und damals kamen in der SPD kaum Skrupel auf, anstelle der FDP in die Regierung einzutreten.

Den endgültigen Beweis lieferten dann die Bundestagswahlen vom März 1983. Diese vorgezogene Bundestagswahl wurde von allen Parteien zu einem nachträglichen Plebiszit über die Wende gemacht. Das Ergebnis erbrachte für die FDP einen relativen Erfolg, mit sieben Prozent schaffte sie den Wiedereinzug in den Bundestag. Sie büßte zwar 3,6 Prozent ein, jedoch konnte das Ergebnis von 1980 kein wirklicher Maßstab sein. Aufschlussreicher für das Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit 1982 waren die Umfrage-Ergebnisse und das katastrophale Abschneiden bei den Landtagswahlen in Hessen, Bayern und Hamburg. Zudem befand sich die Partei selbst in einer wesentlich schlechteren Kondition als zwei Jahre zuvor. Enttäuscht über die Wende verließen viele Sozialliberale die Partei, teils schlossen sie sich der SPD an, teils zogen sie sich aus der Politik zurück. Etliche von ihnen gründeten im November 1982 gemeinsam mit den Jungdemokraten, die sich organisatorisch gleichfalls von der FDP trennten, eine neue Partei, die "Liberalen Demokraten". Dieser linksliberalen Abspaltung erging es aber wie den anderen Absplitterungen von der FDP zuvor: Der politische Erfolg blieb ihr versagt.

So betrachtet waren die sieben Prozent für die FDP also durchaus ein respektables Ergebnis, dessen Stellenwert noch dadurch erhöht wurde, dass die CDU/CSU mit 48,8 Prozent die absolute Mehrheit erneut verfehlte und somit bei der Regierungsbildung auf die FDP angewiesen war. Auf der anderen Seite war der Verhandlungsspielraum nun eingengt. Eine Mehrheitsbildung mit der SPD war auch theoretisch nun nicht mehr

möglich, da die Sozialdemokraten schwere Verluste erlitten und nur noch bei 38 Prozent lagen. Dagegen gelang den Grünen dieses Mal der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde, wodurch erstmals seit 1961 wieder mehr als drei Parteien im Bundestag vertreten waren. Bei der Regierungsbildung musste die FDP das Landwirtschaftsministerium an die CSU abtreten, Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff und Hans Engelhard blieben aber in ihren Funktionen. Gemessen an den sozial-liberalen Zeiten ruhte der Einfluss der FDP auf die Regierungspolitik also auf einer schmaleren Basis.

Dennoch war der liberale Einfluss wesentlich größer als viele befürchteten und manche gehofft hatten. Vor allem in der Wirtschafts- und Außenpolitik setzten die FDP-Minister ihre schon unter Helmut Schmidt verfolgte Politik weitgehend fort. Weder gab es in der Ost- und Deutschlandpolitik eine Rückwende zu einem scharfen Konfrontationskurs, wie er vom rechten Unionsflügel immer wieder lautstark gefordert wurde, noch gelang es den Arbeitnehmerkreisen der CDU, die von Lambsdorff für unumgänglich gehaltenen wirtschaftlichen Konsolidierungsmaßnahmen entscheidend zu verwässern.

Insbesondere in der Außenpolitik war dieser Kurs überaus erfolgreich: Nachdem Ende 1983 vom Bundestag die Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen beschlossen und diese Waffen alsbald stationiert worden waren, kamen dann doch noch Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden Supermächten in Gang, die sich schließlich im Herbst 1987 auf einen völligen Abzug aller Mittelstreckenraketen aus Mitteleuropa einigten. Damit hatte sich die außenpolitische Linie von Hans-Dietrich Genscher als richtig herausgestellt. Auch das Verhältnis zur DDR wurde nach der "Wende" nicht schlechter, nach und nach schwenkten alle führenden Unions-Politiker in der Deutschland-Politik auf den von der FDP seit den sechziger Jahren vertretenen Kurs von "Verständigung und geregelterm Nebeneinander" ein. Im September 1987 besuchte dann sogar Erich Honecker, der erste Mann der DDR, auf Einladung von Kanzler Kohl ganz offiziell die Bundesrepublik. Bei diesem, damals allseits begrüßten Besuch ahnte niemand im Westen, dass die Herrschaft Honeckers und der SED schon zwei Jahre später völlig zusammenbrechen würde.

In der Wirtschaftspolitik war die insgesamt recht erfolgreiche Bilanz indes nicht ganz makellos. Einerseits stellte sich seit 1983 ein lang anhaltendes Wirtschaftswachstum ein und ging die Inflationsrate zunächst bis fast auf Null zurück, Mitte der achtziger Jahre war die Bundesrepublik "Stabilitätsweltmeister". Obwohl auf diese Weise auch eine ansehnliche Anzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen wurde, änderte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur unwesentlich, Jahr für Jahr blieb die Arbeitslosenzahl bei etwa zwei Millionen konstant. Auch die liberal-konservative Regierung bekam dieses Problem infolge der anhaltenden Strukturveränderungen in der Wirtschaft und der demographischen Entwicklung nicht richtig in den Griff. Dennoch konnte die Bundesrepublik in der Ära Kohl/Genscher immerhin ihren Rang als dritte Industrienation in der Welt festigen.

Der FDP gelang seit 1984 eine erstaunliche Stabilisierung. Martin Bangemann, Parteivorsitzender seit Anfang 1985, konnte die Ernte der Politik seines Vorgängers einfahren: Während bei der Europawahl Mitte 1984 mit 4,8 Prozent das Ziel noch knapp verfehlt wurde, konnten die Liberalen bei den Landtagswahlen zwischen 1985 und 1987 zum Teil erheblich verlorenes Terrain wieder zurückgewinnen. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Bundestagswahl Anfang 1987, bei der die FDP auf stattliche 9,1 Prozent kam, das zweitbeste Ergebnis seit 1969. Das machte sich auch durch ein größeres Gewicht im Kabinett bemerkbar, die Liberalen stellten vier Minister: mit Martin Bangemann für Wirtschaft, Hans-Dietrich Genscher für Äußeres, Hans A. Engelhard für Justiz und Jürgen W. Möllemann für Bildung und Wissenschaft. Als Bangemann 1988 als EU-Kommissar zurück nach Brüssel ging, ersetzte ihn im Kabinett Helmut Hausmann, Nachfolger als Parteivorsitzender wurde Bangemanns Vorgänger im Ministerium, Otto Graf Lambsdorff.

Mit der Wahl von 1987 wurde aber auch das alte Drei-Parteien-System endgültig zu Grabe getragen; die Grünen konnten mit 8,3 Prozent ihre Position kräftig ausbauen, während beide Volksparteien Verluste hinnehmen mussten. Insgesamt bedeutete diese Wahl eine eindrucksvolle Bestätigung für die Politik der FDP, von ihrer Rolle als einziger Mehrheitsbeschaffer für die beiden großen Parteien musste sie nunmehr auf Dauer Abschied nehmen. Zunächst einmal brachten die westdeutschen Liberalen ihr Gewicht

vor allem in der Wirtschafts- und in der Außenpolitik zum Tragen. Es war vornehmlich Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der die durch den neuen starken Mann in der Sowjetunion, Michail Gorbartschov, ausgestrahlten Signale „ernst nehmen“ wollte und die Regierung Kohl auf einen stärker entspannungspolitischen Kurs in der Außen- und Ostpolitik festlegte, als manchem Hardliner in der CDU/CSU recht war. Die Früchte dieses Festhaltens an der Entspannung sollten sich alsbald zeigen.